

vereine und insbesondere Vogel in den Wochen nach Köln mit dem Vorwurf konfrontiert, die Einseitigkeit der Veranstaltung billigend in Kauf genommen und es den Nationalsozialisten ermöglicht zu haben, die Kundgebung zu Provokationen der verfassungstreuen Bevölkerung zu mißbrauchen. Von sozialdemokratischer Seite stand Vogel zusätzlich unter Druck, da versäumt wurde, das Begrüßungsschreiben des preußischen Innenministers Severing zu verlesen³². Zwei Wochen nach dem Kölner Zwischenfall beschloss der Vorstand der Saar-SPD und die Landesratsfraktion daher in gemeinsamer Sitzung, jede Mitarbeit im Bund der Saarvereine und am „Saar-Freund“ künftig abzulehnen³³. Vogels Vorhaben, durch individuelle Schreiben zu beschwichtigen und sich bei führenden Sozialdemokraten um eine politische Schadensbegrenzung³⁴ für die „schwarzweißrote Hakenkreuzdemonstration“ („Vorwärts“) zu bemühen, lief angesichts dieser eindeutigen Distanzierung der saarländischen SPD ins Leere. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorwürfen kam für Vogel allerdings nicht in Frage, da er Braun für den alleinigen Drahtzieher der Eskalation hielt³⁵.

Vordergründig ließ sich der Konflikt zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Saar-SPD Brauns bis Jahresende beilegen. Nach einer Aussprache veröffentlichte die Schriftleitung des „Saar-Freund“ eine Erklärung, derzufolge sich der Verein bei der saarländischen Sozialdemokratie entschuldigte und nichts sehnlicher wünsche, als fortan mit ihr in der Frage des Deutschtums wieder zusammenzuarbeiten³⁶. Schon Anfang des nächsten Jahres wurde Braun neben den Sozialdemokraten Schäfer, Südekum und Löffler zu einer Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses ins Preußische Abgeordnetenhaus eingeladen³⁷. Hinter den Kulissen hingegen bedauerte Vogel den strategischen Rückzieher wegen der damit verbundenen Stärkung Brauns³⁸. Um so größer war die Befriedigung Vogels, sich sieben Jahre später öffentlich in die Phalanx der Gegner Brauns einreihen zu können.

³² Vgl. „Berliner Tageblatt“ Nr. 384 (16.08.26) und Nr. 388 (18.08.26); „Kölner Tageblatt“ Nr. 385 (18.08.26); „Frankfurter Zeitung“ Nr. 703 (21.09.26); S.Z. Nr. 226 (21.08.26); „Volksstimme“ Nr. 189 (17.08.26) und Nr. 195 (25.08.26).

³³ Der Bezirksvorstand „Obere Rheinprovinz“ sollte ebenso wie der Berliner Hauptvorstand aufgefordert werden, sich diesem Beschluß anzuschließen: Vgl. „Volksstimme“ Nr. 200 (30.08.26).

³⁴ Vgl. „Die ungerechtfertigten Angriffe gegen den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle ‘Saar-Verein’ anlässlich der Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar in Köln am Rhein am 15. August 1926“ (20.08.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Erklärung der GSV (01.09.26), in: BA-R 8014/678; SF 7 (1926) 17, S. 301–305. Der Aufsatz „Die Wahrheit über den Saar-Verein“ ging den körperschaftlichen Mitgliedern auch als Sonderdruck zu und wurde in zahlreichen saarländischen und reichsdeutschen Zeitungen veröffentlicht: Vgl. StA Saarbrücken, Großstadt 802; „Völklinger Nachrichten“ Nr. 288 (11.12.26), „Köllertaler Zeitung“ Nr. 290 (14.11.26); S.Z. Nr. 344 (19.12.26).

³⁵ Vgl. Brief der GSV an Debusmann (08.09.26), in: BA-R 8014/333. Nach Vogels Ansicht habe man es noch immer mit der alten Sozialdemokratie zu tun, „die international eingestellt ist und für Nationales kein Verständnis hat.“ Vgl. Brief der GSV an Hilger (02.09.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

³⁶ Vgl. SF 7 (1926) 23, S. 417; Protokolle der Besprechungen vom 18.11.26 (20.11.26) und 23.11.26, in: BA-R 8014/40.

³⁷ Vgl. Brief der GSV an Braun (27.01.27), in: Ebd.

³⁸ Vgl. Brief der GSV an Karius (11.12.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.